

aus: Jürgen Dittberner, Rolf Ebbighausen
"Parteiensystem in der Legitimations-
krise - Studien und Materialien zur
Soziologie der Parteien in der Bundes-
Jürgen Kunze republik Deutschland"

Die Jungdemokraten zwischen Liberalismus und Sozialismus

Westdeutscher Verlag, Opladen 1973
Seiten 307 - 326

Im Zuge der Studentenbewegung sind inhaltliche Ansätze und Arbeitsformen innerhalb der organisierten Jugendarbeit in der Bundesrepublik verändert worden. Für sämtliche im „Bundesjugendring“ zusammengeschlossenen Jugendverbände hat das zu einem Wandel in der praktischen Jugendarbeit geführt. Generelle strategische Fragestellungen blieben wegen der mangelnden institutionellen Bindungen dieser Verbände an politische Organisationen aus oder beschränkten sich auf Proklamationen. Für die Jugendverbände mit Bindung an die im Bundestag vertretenen Parteien dagegen standen die Erfahrungen und Einsichten der Studentenbewegung für die strategische Orientierung ihrer eigenen Arbeit in Richtung auf eine Veränderung des Gesellschaftssystems im Vordergrund. Je nach politischem Standort äußerte sich die Rezeption dieser Einsichten und Erfahrungen entweder in dem Versuch, sie positiv zu berücksichtigen oder in dem Bemühen, sie abzuwehren und traditionelle Vorstellungen zu legitimieren.

Die inhaltliche Offenheit der Jungdemokraten für die Ziele der Studentenbewegung ist die Folge einer von der FDP unabhängigen Organisationsstruktur, die eine zumindest formal freie politische Willensbildung und Praxis zuläßt. Die Studentenbewegung ihrerseits war in ihrer antiautoritären Phase nicht ausdrücklich sozialistisch und befand sich von daher nicht in einem Gegensatz zum historischen Selbstverständnis der Jungdemokraten. Hinzu kam ein wachsendes Interesse an gesellschaftspolitischen Grundfragen innerhalb des Verbandes, das mit einem Mangel an selbsterarbeiteten Positionen einherging.

Die maßgeblichen Impulse für die Entwicklung der Jungdemokraten nach 1968 sind also von der Studentenbewegung ausgegangen. Eine Analyse dieser Entwicklung muß deshalb von den Fragen ausgehen, in welchem Verhältnis die Ziele der Studentenbewegung zur traditionellen Position der Jungdemokraten stehen und in welchem Ausmaß sich die Position der Jungdemokraten unter dem Einfluß der Studentenbewegung verändert hat. Insbesondere ist zu klären, ob diese Veränderung prinzipieller oder nur gradueller Art ist. Im Zusammenhang damit soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit ein Funktionswandel des Verbandes im Zuge der Rezeption neuer Inhalte und Arbeitsformen stattgefunden hat. Dieser Wandel wird zu messen sein am proklamierten Selbstverständnis, am Verhältnis zu den eigenen Mitgliedern und am Verhältnis zu anderen Jugendverbänden.

Die Klärung dieser Fragen ist notwendig, um einem Hauptinteresse dieser Analyse

zu genügen: Die Beziehungen der Jungdemokraten zur FDP nach 1968 sind die Folge und Konkretisierung ihrer teilweise widersprüchlichen Entwicklung in Theorie und Praxis. Erst die Kenntnis der Entwicklungstendenzen innerhalb der Jungdemokraten macht den Prozeß der Übertragung von Widersprüchen vom Jugendverband auf die Partei transparent, zeigt deren Verunsicherung und Reaktion wie auch die Grenzen auf, die Veränderungen des Jugendverbandes und der Partei gesetzt sind.

1. Formale Organisationsstruktur und statistische Angaben

Die Deutschen Jungdemokraten sind nach ihrer Satzung¹ ein unabhängiger politischer Jugendverband, der der FDP nahesteht. Sie gliedern sich nach dem Organisationschema der politischen Parteien in Bundesverband, Landes-, Bezirks- und Kreisverbände. Die höchsten Gremien auf Bundesebene sind die Bundesdelegiertenkonferenz, die in der Regel einmal im Jahr zusammentritt, und der Bundeshauptausschuß. Diese Gremien entsprechen dem Bundesparteitag und dem Bundeshauptausschuß der FDP. Zusammen mit der Jungen Union und den Jungsozialisten bilden die Jungdemokraten den „Ring Politischer Jugend“. Auf internationaler Ebene sind sie Mitglied in den Organisationen *World Federation of Liberal and Radical Youth* (WFLRY), *Jeunes Européennes Libérales* (JeL) und *European Federation of Liberal and Radical Youth* (EFLRY). Im Rahmen ihrer internationalen Arbeit tauschen sie mit mehreren ost- und westeuropäischen Ländern regelmäßig Delegationen aus. Besonders hervorzuheben sind die vertraglich geregelten Beziehungen zum „Komitee der Sowjetischen Jugendverbände“. Besondere politische Bedeutung hatten die 1969, 1970 und 1971 stattfindenden Besuche offizieller Delegationen der Jungdemokraten in Algerien, bereits vor der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik mit diesem Staat.

Der Erwerb der Mitgliedschaft ist bei den Jungdemokraten nicht an eine Mitgliedschaft in der FDP gebunden. Eingeschränkt wird die Unabhängigkeit des Verbandes lediglich durch eine Reihe formaler Verknüpfungen mit der FDP. So ist die Mitgliedschaft unvereinbar mit Mitgliedschaften in Organisationen, die mit der FDP in Konkurrenz stehen. Die Satzung der Jungdemokraten schreibt weiter vor, daß die Mitglieder des Bundesvorstandes zugleich auch Mitglieder der FDP sein müssen. In den Landes- und Kreissatzungen gibt es allerdings unterschiedliche Regelungen. Im allgemeinen ist jedoch vorgeschrieben, daß zumindest der jeweilige Vorsitzende und der Schatzmeister Mitglieder der FDP sein müssen. Dieser formalen Verknüpfung mit der FDP entsprechen Privilegien des Verbandes, die in den FDP-Satzungen verankert sind². Sie sind aber insofern eingeschränkt, als sie nur für jene Jungdemokraten gelten, die gleichzeitig Parteimitglied sind.

1 Vgl. die *Satzung des Bundesverbandes der Deutschen Jungdemokraten in der Fassung vom 22. Mai 1971*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Jungdemokraten, Bonn 1971.

2 Vgl. die *Bundessatzung der FDP*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Bonn, und Satzungen der Untergliederungen.

Bei der Wahl des Bundesvorstandes der FDP sind die Jungdemokraten den Landesverbänden der Partei gleichgestellt (mit der praktischen Folge eines durch den Parteitag gewählten Vertreters der Jungdemokraten im FDP-Bundesvorstand). Der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten hat das Recht, an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilzunehmen, ist jedoch nicht stimmberechtigt. Aufgrund dieser Regelung haben die Jungdemokraten — nicht stimmberechtigte — Sitze in fast allen Gremien der Partei auf den verschiedenen organisatorischen Ebenen. Nach den Bestimmungen der FDP-Satzungen haben die FDP-Gremien nicht das Recht, von den Jungdemokraten nominierte Vertreter für Parteigremien zu bestätigen oder abzulehnen.

Die tatsächliche Verknüpfung von Jungdemokraten und FDP geht über die formale hinaus. Bis 1968 war für die Jungdemokraten die gleichzeitige Mitgliedschaft in der FDP die Regel. Seit dieser Zeit hat eine Differenzierung nach Landesverbänden und nach den jeweils vertretenen politischen Richtungen eingesetzt. In einigen Landes- und Kreisverbänden ist ein großer Teil der Mitglieder nicht auch gleichzeitig Parteimitglied. Für die Bundesebene gilt jedoch, daß alle Funktionsträger auch Mitglieder der FDP sind.

Die Angaben über die Mitgliedschaft der Jungdemokraten beruhen auf Schätzungen. Gesicherte Unterlagen dafür liegen nicht vor. Die Jungdemokraten geben ihre Mitgliederzahl mit 25 000 an. Die Mitgliedschaft ist möglich im Alter zwischen 14 und 35 Jahren³. Die zugänglichen Informationen und Indikatoren über die Mitgliederstruktur (Beteiligung an Seminaren, Veranstaltungsthemen, Arbeitsformen) deuten darauf hin, daß diese von der politischen Orientierung des jeweiligen Landes- oder Kreisverbandes abhängt. Es kann angenommen werden, daß Schüler und Studenten die weitaus größte Gruppe der Mitgliedschaft stellen, gefolgt von Angestellten und kaufmännischen Lehrlingen sowie Arbeitern, gewerblichen Lehrlingen und Selbständigen, die nur in geringer Zahl vertreten sind.

2. Zur Tradition des Verbandes: das Grundsatzprogramm von 1968

Bevor am Beispiel des Grundsatzprogramms der Jungdemokraten aus dem Jahre 1968 die Ausgangssituation für die theoretische und praktische Entwicklung des Verbandes in den letzten Jahren dargestellt und analysiert wird, wird kurz auf die davorliegende Zeit eingegangen.

Für die fünfziger Jahre kann die Position der Jungdemokraten in gesellschaftspolitischen Fragen ohne Einschränkung als „konservativ“ gekennzeichnet werden. Soweit Äußerungen zu diesem Bereich vorliegen, gehen sie eher in die Richtung einer Betonung der „freien Marktwirtschaft“ auf privatkapitalistischer Basis, auch zu Lasten der sozialen Gesichtspunkte. Marktwirtschaft und freies Unternehmertum sind selbstverständliche Voraussetzungen für die Stellungnahmen zu konkreten gesellschaftspolitischen Problemen.

3 Vgl. *RPJ-Kalender 1971*, hrsg. vom Ring Politischer Jugend, Bonn 1971, S. 130.

Das Interesse der Jungdemokraten galt bereits zu dieser Zeit besonders der Deutschlandpolitik, in der sie eine für damalige Verhältnisse relativ aufgeklärte und kritische Position vertraten. Insgesamt bestand in grundsätzlichen Fragen der Gesellschafts- und Außenpolitik eine Übereinstimmung zwischen Jungdemokraten und FDP.

Zu Beginn der sechziger Jahre standen Fragen der Deutschland- und der Außenpolitik weiterhin im Mittelpunkt der Verbandsdiskussion. Es verschärften sich jedoch die Gegensätze zur offiziellen Politik der damaligen, von der FDP mitgetragenen Bundesregierung. Die innerverbandliche Diskussion wandte sich immer mehr ab von punktueller Kritik an der Deutschlandpolitik und an den außenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und begann sich auf die Entwicklung von Gesamtkonzeptionen für die Deutschlandpolitik zu konzentrieren, die in prinzipiellem Widerspruch zur offiziellen Regierungspolitik standen. Ihre Grundlagen wurden die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und die Anerkennung der DDR als eigener Staat.

Diese Konzeptionen wurden unter maßgeblicher Beteiligung von Funktionären des Liberalen Studentenbundes (LSD) entwickelt, der in diesen Jahren Vorreiter für eine veränderte Deutschland- und Außenpolitik war. Die von ihm damals entwickelten Vorstellungen über die Anerkennung der Grenzen Europas, Gewaltverzichtabkommen zwischen den Staaten des Warschauer Pakts und der NATO sowie über die Normalisierung der Beziehungen zur DDR sind heute in nur wenig modifizierter Form Grundlage der Regierungspolitik.

Zwischen dem Liberalen Studentenbund und den Jungdemokraten bestehen vielfältige personelle Verbindungen. Dafür zwei Beispiele:

Klaus Horn war 1968/69 Mitglied des Bundesvorstandes der Jungdemokraten⁴. Zu Beginn der sechziger Jahre war er in verschiedenen Funktionen des LSD tätig. Der Öffentlichkeit bekannt wurde er durch eine Einladung an den damaligen Volkskammerpräsidenten der DDR, Dieckmann, die er als Konventspräsident der Universität Marburg aussprach.

Wolfgang Lüder war 1962/63 Bundesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes, wurde 1966 stellvertretender Landesvorsitzender der Jungdemokraten in Berlin, 1967 Landesvorsitzender und war von 1968 bis 1970 Bundesvorsitzender⁵.

Der Bundesjugendtag in Nürnberg im Juni 1968 brachte für die Bemühungen der Jungdemokraten in der Deutschland- und Ostpolitik einen gewissen Abschluß. In den Beschlüssen des Kongresses⁶ wird die Aufnahme normaler Beziehungen zur DDR und die Respektierung ihrer Grenzen gefordert. Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander soll auf der Grundlage der Gleichberechtigung geregelt werden. Der Bundesjugendtag beschloß einen Entwurf für einen Generalvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik, der insbesondere die Ernennung von ständigen Be-

auftragten der beiden Staaten für Fragen der gegenwärtigen Beziehungen vorsah. Er wurde wenig später von der Bundestagsfraktion der FDP übernommen und wurde in seiner Substanz Bestandteil der Politik der 1969 gebildeten sozialliberalen Bundesregierung.

Der Bundesjugendtag 1968 verabschiedete auch das „Programm 68“, das als Diskussionsbeitrag zum Entwurf eines liberalen Grundsatzprogramms gedacht war⁷. Damit wurde zum erstenmal der Versuch unternommen, die Haltung der Jungdemokraten zur Gesamtheit der politischen Probleme zu bestimmen. Erstmals traten damit gesellschaftspolitische Probleme in den Vordergrund der Diskussion. Im nachhinein gilt das Jahr 1968 als ein Höhepunkt der Studentenbewegung. Das „Programm 68“ der Jungdemokraten griff jedoch die fundamentalen Fragestellungen der Studentenbewegung nicht auf, sondern beschränkte sich auf die von den politischen Parteien als wichtig erachteten, im Rahmen der bestehenden Regeln vorgegebenen Ansätze, deren weitgehend kritiklose Übernahme bereits in der Gliederung des Programms zum Ausdruck kommt. In einer Präambel wurde der Versuch unternommen, in allgemeiner Form liberale Gesellschaftsauffassung zu definieren. Auf die Herstellung konkreter Bezüge zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wurde verzichtet. Als positives Leitbild wird formuliert:

„Dagegen bietet allein eine offene, grundrechtsbezogene Gesellschaftsordnung ohne traditionelle, konventionelle und ständische Enge dem einzelnen die Möglichkeit, sich frei und individuell zu entfalten.“⁸ Als zentrale Kategorie zur Beschreibung liberaler Gesellschaftsauffassung wurde in Übereinstimmung mit den überkommenen Konzepten die Kategorie der „Toleranz“ eingeführt, die jedoch gegen „politischen Konformismus“ abgegrenzt wird.

Die konkreten Aussagen des Programms zu den verschiedenen Problembereichen sind in den folgenden Kapiteln enthalten:

1. „Bürger — Staat — Gesellschaft“;
2. „Wirtschafts- und Sozialpolitik“;
3. „Außenpolitik“;
4. „Deutschlandpolitik“;
5. „Europapolitik“;
6. „Verteidigungspolitik“;
7. „Kulturpolitik“.

Bereits die Gliederung des Programms deutet auf die große Bedeutung der Deutschland- und der Außenpolitik für den Verband hin. Bei seiner Formulierung kann auf umfangreiche Vorarbeiten und Diskussionen in allen Gliederungen des Verbandes zurückgegriffen werden.

Die Unterteilung des gesellschaftspolitischen Teils in „Bürger — Staat — Gesellschaft“, „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und „Kulturpolitik“ zeigt einen gewissen Mangel an originärer Problemstrukturierung. In den einzelnen Kapiteln wird zu denjenigen

⁷ Vgl. das *Programm 68*, hrsg. vom Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten, Bonn 1968 (als Manuskript vervielfältigt).

⁸ Ebd., S. 1.

⁴ Vor der Wahl in den Bundesvorstand nahm Klaus Horn verschiedene Leitungsfunktionen auf Landes- und Kreisebene ein.

⁵ Wolfgang Lüder ist seit 1971 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP.

⁶ Vgl. das *Protokoll des Bundesjugendtages vom 15. bis 17. Juni 1968 in Nürnberg*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Jungdemokraten, Bonn 1968.

Problemen teilweise konkret und präzise Stellung genommen, mit denen sich auch die politischen Parteien auseinandersetzen. Im Abschnitt „Bürger — Staat — Gesellschaft“ kann eine Übereinstimmung mit den damaligen politischen Vorstellungen der FDP im Grundsatz festgestellt werden. Die Probleme, die im Zentrum der studentischen Diskussion stehen, werden in diesem Teil nur durch Allgemeinplätze bezeichnet. So wird im Abschnitt über den Rechtsstaat zur Frage des Parlamentarismus folgendes ausgeführt:

„Das Parlament ist die entscheidende politische Institution der Demokratie. Es ist die Pflicht der Abgeordneten, mit den Staatsbürgern einen ständigen Dialog zu führen. Gleiches ist es die Pflicht der Staatsbürger, die Arbeit des Parlaments mit kritischem Bewußtsein zu verfolgen und durch kritisches Verhalten zu beeinflussen.“⁹

Nach „Bürger — Staat — Gesellschaft“ folgt das Kapitel „Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Ein sachlicher und inhaltlicher Bezug zwischen beiden Kapiteln wird nicht hergestellt, die Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Wirkungsweise des Parlamentarismus nicht erörtert. Das Kapitel „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beschränkt sich wiederum auf die Fragestellungen, die Gegenstand der offiziellen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind. Das zeigt bereits die Untergliederung dieses Kapitels: „Wettbewerbspolitik, Konjunkturpolitik, Wachstumspolitik, Vermögenspolitik, Umbau der Unternehmensstruktur, soziale Sicherung, Finanzpolitik, Agrarpolitik“¹⁰. In den einzelnen Abschnitten wird jeweils positiv für eine der Auffassungen votiert, die in der einschlägigen Diskussion vertreten werden. Zwar ergeben sich Abweichungen zur FDP-Politik, aber nicht in prinzipieller Hinsicht, sondern nur in der Betonung einzelner Aspekte. Marktwirtschaft und Wettbewerb zum Beispiel werden schärfer herausgestellt, als es der Politik der damaligen, eher industriefreundlichen FDP-Bundestagsfraktion entsprach. Im Programm heißt es dazu unter anderem:

„Die Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeit muß unter Wahrung der persönlichen und politischen Freiheit den höchstmöglichen Ertrag an Gütern und Dienstleistungen anstreben. Diesen Zielen dient am besten die durch freie Unternehmerinitiative und allseitigen Wettbewerb geprägte Marktwirtschaft.“¹¹

Die politischen Forderungen zielen nur darauf ab, größeren Wettbewerb als bisher herzustellen.

Von der Politik der FDP abweichend ist auch die Einstellung zur Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung: Im Gegensatz zur FDP wird im Programm das Ziel der Vollbeschäftigung als vorrangig erachtet¹².

Auch unter dem Abschnitt „Vermögenspolitik“ wird zum Institut des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht prinzipiell Stellung bezogen. Es ist für die Diskussionen des Kongresses selbstverständliche und unumstrittene Grundlage. Zur Vermögensbildung wird ein Vorschlag formuliert, der sich im Rahmen der bekannten

⁹ Ebd., S. 2.
¹⁰ Ebd., S. 4 f.
¹¹ Ebd., S. 4.
¹² Ebd., S. 5.

Vorschläge bewegt. Die positive Haltung zum Konzept der Vermögensbildung für Arbeitnehmer kommt in folgenden Sätzen des Programms zum Ausdruck:

„Schon kleine Vermögen geben ihren Besitzern die Möglichkeit, wirtschaftliche Rückschläge in gewissen Grenzen aufzufangen. Breitgestreutes Vermögen vermindert das Übergewicht der Großvermögen und trägt auch zum Ausgleich der Einkommensverteilung bei. Ein Ansteigen der Spartätigkeit erleichtert zudem die Finanzierung der notwendigen Sozialinvestitionen. Die übermäßige Konzentration von Vermögen in wenigen Händen ist mit steuerlichen Mitteln zu bekämpfen.“¹³

Einen originären Beitrag enthält das Programm zur Frage der Mitbestimmung. Es wird vorgeschlagen, ein genossenschaftliches Modell derart zu modifizieren, daß die lohnabhängig Beschäftigten die Möglichkeit haben, statt eines arbeitsrechtlichen einen gesellschaftsrechtlichen Status zu erlangen. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieses Konzept mit der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft vereinbar ist, und es wird als positive Alternative zu den Mitbestimmungsvorstellungen des DGB betrachtet, die abgelehnt werden¹⁴.

Die Rolle der Gewerkschaften wird im Programm nicht behandelt.

Dieser Überblick über die gesellschaftspolitische Substanz des Programms 68 der Jungdemokraten zeigt, daß das Potential zur Benennung und Behandlung von gesellschaftspolitischen Problemen außerhalb des durch die politischen Parteien vorgegebenen Rahmens äußerst begrenzt ist. Die Relevanz der Fragestellungen, ihre Berechtigung und ihr Zusammenhang werden nicht überprüft.

3. Die Rezeption fundamentaler Fragestellungen der Studentenbewegung — Distanz zum Parlamentarismus

Zu Beginn des Jahres 1969 zeigen sich bei den Jungdemokraten Ansätze verstärkter Kontakte zur damaligen außerparlamentarischen Opposition. So fordert der ordentliche Landesjugendtag der Deutschen Jungdemokraten in Niedersachsen bereits am 7./8. Dezember 1968 in Diepholz seine Kreisverbände auf, „verstärkte Kontakte zu allen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition aufzunehmen“¹⁵. Diese vorsichtige Annäherung und die Befürwortung von Demonstrationen zur Durchsetzung politischer Auffassungen vollziehen sich jedoch nicht durch eine entsprechend ausgerichtete Politik des Bundesvorstandes, sondern durch persönliche Interessen und Meinungen von Mitgliedern der unteren Organisationsebenen.

Demgegenüber ist die Politik des Bundesvorstandes trotz einiger personeller Veränderungen gegenüber 1968 noch uneingeschränkt am Programm 1968 orientiert. Im Zentrum seiner Bemühungen stehen Versuche, die Politik der FDP auf Bundes-

¹³ Ebd., S. 7.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Protokoll des Landesjugendtages der Deutschen Jungdemokraten am 7./8.12.1968 in Diepholz, hrsg. von der Landesgeschäftsstelle der Deutschen Jungdemokraten, Hannover 1968.

ebene zu beeinflussen. So ist es das Hauptziel des Bundesjugendtages 1969 in Köln, konkret auf die Wahlvorbereitungen der FDP für den Bundestagswahlkampf im Herbst 1969 einzuwirken. Dem entsprechen auch zahlreiche Anträge aus den Gliederungen, die in traditioneller Weise Aufforderungen an die FDP betreffs ihrer Haltung in Fragen von parteipolitischen Interesse enthalten.

Der Verlauf des Bundesjugendtages 1969 entspricht dennoch nicht den Planungen des Bundesvorstandes. So macht sich schon bald eine erhebliche Unzufriedenheit bei einem Teil der Delegierten über Themen und Stil des Kongresses bemerkbar. Es kommt erstmalig zu einer politisch begründeten Fraktionierung, die sich DJD-Opposition nennt und die dem traditionellen Arbeitsstil und der überkommenen politischen Ausrichtung des Verbandes widerspricht¹⁶. Dieser Widerspruch ist spontan und voluntaristisch und nicht auf ein eigenes Konzept gegründet. Deutlich jedoch ist die Nähe dieser „DJD-Opposition“ zur politischen Orientierung der damaligen außerparlamentarischen Opposition. Das Interesse der Delegierten wird durch die teilweise lautstarke und außerhalb der Geschäftsordnung agierende DJD-Opposition auf einen Antrag gelenkt, der erste Ansätze einer fundamentalen Parlamentarismuskritik enthält. Damit treten die Anträge in den Hintergrund, die geeignet sind, den FDP-Parteitag in gewohnter Weise vorzubereiten.

In den schließlich verabschiedeten sechs Thesen zum Parlamentarismus ist der Einfluß der außerparlamentarischen Opposition¹⁷ deutlich feststellbar. These 1 lautet zum Beispiel:

„Der Bundestag repräsentiert nicht das Volk. Das läßt sich durch ein paar ‚bessere‘ Abgeordnete nicht ändern, auch nicht durch eine ‚Parlamentsreform‘, die den Bundestag dramaturgisch aufputzt. Die Krise des Bundestages liegt nicht in der Inszenierung begründet, sondern im Stück.“

Weiter heißt es in den Thesen unter anderem:

„Der Bundestag ist nicht mehr Repräsentation der gesellschaftlichen Konflikte, sondern nur noch der gesellschaftlichen Herrschaft.“

„Der Bundestag ist die Börse der Parteien. Die Parteien sind die Börse der Interessenverbände. Daß die Parteien große Koalitionen bilden, ist nicht ein Betriebsunfall, sondern Konsequenz aus der Tatsache, daß vor allem CDU und SPD selbst große Koalitionen sind.“¹⁸

Diese Thesen und noch mehr der kontroverse Diskussionsverlauf zeigen erste Ansätze einer Rezeption der im Rahmen der Studentenbewegung bzw. der außerparlamentarischen Opposition erarbeiteten fundamental kritischen Fragestellungen. Ebenso wie in der außerparlamentarischen Opposition selbst setzen die Analyse und der Meinungsstreit der Jungdemokraten nicht bei Grundkonflikten (Eigentumsordnung) an, sondern folgen dem herrschenden öffentlichen Interesse und bemühen sich, die Legiti-

¹⁶ Vgl. Flugblatt „DJD-Opposition“, das während des Bundesjugendtages verteilt wurde.

¹⁷ Besonders deutlich ist der Einfluß von Johannes Agnoli/Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt (Main) 1968.

¹⁸ *Protokoll des Bundesjugendtages am 16./17./18. Mai 1969 in Köln*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Jungdemokraten, Bonn 1969.

mationskraft von Institutionen des politischen Überbaus zu überprüfen. Dennoch ist für die Entwicklung der Jungdemokraten in der Diskussion und Verabschiedung dieser Thesen ein Schritt von prinzipieller Bedeutung zu sehen, überwindet doch der Verband erstmals die Enge der Fragestellungen und Problemartikulationen, die durch den Rahmen der politischen Auseinandersetzungen zwischen Parteien in Parlamenten gegeben ist.

Der Bundesvorstand agiert in diesem Entwicklungsprozeß entsprechend den Theorien, die für bürokratisierte soziale Systeme gelten. Er ist nicht in der Lage, die Notwendigkeit neuer grundsätzlicher Fragen zu erkennen und selbst planmäßig in die Diskussion des Verbandes einzuführen. Er hält fest an den Traditionen des Verbandes und absorbiert neue Fragestellungen nur in dem Maße, in dem massiver Druck „von unten“ ausgeübt wird, der auch vor einem Verstoß gegen die „Spielregeln“ der politischen Auseinandersetzung nicht haltmacht.

Die Beziehungen zwischen FDP und Jungdemokraten werden durch diese fundamental kritischen Positionen innerhalb der Jungdemokraten nicht ernsthaft belastet. Das mag unter anderem daran liegen, daß die FDP vor der Bundestagswahl 1969 ein erhebliches Interesse daran hat, angesichts der Wahl Differenzen mit den Jungdemokraten zu vermeiden. Der Einfluß der Jungdemokraten auf die Wahlplattform der FDP ist begrenzt: Es wird lediglich erreicht, daß eine ausdrückliche Ablehnung einer paritätischen Mitbestimmung nicht aufgenommen wird. Die Parteiführung erklärt sich bereit, auf dem Bundesparteitag in Nürnberg (1969 vor der Bundestagswahl) in einer öffentlichen Diskussion mit Vertretern der Jungdemokraten das Thema Mitbestimmung zu behandeln.

Tatsächlich ist es den Jungdemokraten jedoch nicht gelungen, die Haltung der FDP in der Mitbestimmungsfrage offenzuhalten. Kurz vor der Wahl haben die Jungdemokraten Anlaß, sich in Briefen an die Parteiführung darüber zu beklagen, daß die Partei in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecke, als ob eine Festlegung gegen die paritätische Mitbestimmung bereits erfolgt und dieses eine zentrale Bedingung für eine eventuelle Koalition mit der SPD sei¹⁹. Die Ausklammerung der Mitbestimmung ist dann auch später Gegenstand des Koalitionsabkommens zwischen SPD und FDP über die Bildung einer Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im Herbst 1969.

4. Primat der Grundsatzdiskussion — Kapitalismuskritik und strategische Ansätze

Noch 1968 war ein prinzipielles Infragestellen des Privateigentums an den Produktionsmitteln innerhalb der Jungdemokraten unvorstellbar. Das fast einmütig verabschiedete Grundsatzprogramm 1968 macht das deutlich. Nach den Ansätzen prinzipieller Parlamentarismuskritik auf dem Bundesjugendtag 1969 wird die Grundsatz-

¹⁹ Dazu liegen unveröffentlichte Briefe des Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten an den Bundesvorsitzenden der FDP vor, die der Autor einsehen konnte.

diskussion in den Jahren 1970 und 1971 zum beherrschenden Thema der Diskussionen des Verbandes auf verschiedenen Ebenen. Höhepunkt ist die Bundesdelegiertenkonferenz im Mai 1970 in Herrenalb, auf der zwei Grundsatzpapiere („Manifeste“) vorgelegt wurden, die unterschiedliche Richtungen innerhalb der Opposition gegen die traditionelle Verbandspolitik repräsentierten.

Der Kreisverband Bonn legte das „Bonner Manifest“ vor, das als eine extreme Formulierung antiautoritärer Positionen angesehen werden kann. Folgende Zitate daraus mögen das verdeutlichen:

„Freiheit, als Anspruch des einzelnen wie der Gemeinschaft auf selbständige Lebensgestaltung verstanden, wird heute bedroht durch eine immer perfekter und brutaler werdende Einspannung aller Kräfte des einzelnen in den von Gewinnstreben, Leistung und Effektivität bestimmten Produktionsprozeß. Der Rhythmus von Arbeit und Freizeit wird abgelöst durch eine einzige Sphäre der Kommerzialisierung und des technisch kanalisierten ‚Fortschritts‘. Die Zwangssphäre der Arbeit dehnt sich mit wachsender Rationalisierung und Perfektionierung der technischen Möglichkeiten so aus, daß der Bereich freier Lebensgestaltung zugunsten einer totalen Ökonomisierung zu verschwinden droht.“²⁰

„Beide Systeme, Kapitalismus wie Sozialismus, sind heute konservativ, wenn nicht reaktionär geworden, weil sie einen Prozeß, dem sie selbst ihre Entstehung verdanken, aufhalten wollen. Unter Fortschritt verstehen sie ihre eigene Verewigung. Das Systemdenken, das sie repräsentieren, dient mit der Verschleierung der Selbstverantwortlichkeit des Menschen, der Absicherung der Herrschenden und der Verewigung ihres Herrschaftsmittels: des Leistungszwanges. Ein Gesellschaftssystem als Glaubenssatz — das ist die Entwicklungsstufe, auf der der westliche Kapitalismus und östliche Sozialismus stehen bleiben wollen.“²¹

Der allgemeine Teil des Manifestes schließt mit der programmatischen Formel: „Die Phantasie und Macht“²². Das Manifest ist gekennzeichnet durch eine sozial-utopische und idealistische Technik- und Ökonomiefeindlichkeit.

Demgegenüber kennzeichnet das vom Berliner Landesverband gemeinsam mit der Mehrzahl der norddeutschen Landesverbände vorgelegte „Berliner Manifest“ ein materialistischer Analyseansatz. Es beginnt mit einer Einschätzung der historischen Beziehungen zwischen Liberalismus und Sozialismus.

„Die Geschichte deutscher Demokratie ist die Geschichte der Trennung des liberalen Kleinbürgertums und der sich organisierenden Arbeiterschaft. Die Geschichte deutscher Innenpolitik ist die Geschichte der Stabilisierung dieser Trennung, die sich im Bewußtsein als allgemeiner Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus verfestigte. Es ist Zeit, diese Trennung zu überwinden und Sozialismus nicht länger als eine Gegenbewegung zum liberalen Denken zu sehen, sondern wieder als Teil derselben Emanzipationsbewegung, aus der sie beide historisch entstanden sind.“²³

Im zweiten Teil des Manifestes wird eine polit-ökonomisch orientierte Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland versucht. Zur Kennzeichnung des Denkansatzes und methodischen Instrumentariums genügt das Zitat des Einleitungssatzes für diesen Abschnitt:

20 Zur *Strategiediskussion* — Beiträge zu einer radikaldemokratischen Politik, hrsg. vom Landesverband Berlin der Deutschen Jungdemokraten, Berlin 1970, Heft 3, S. 2.

21 Ebd., S. 5.

22 Ebd., S. 7.

23 Ebd., S. 28.

„Die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und West-Berlins wird von allgemeinen Gesetzen bestimmt, die für alle kapitalistischen Staaten zutreffen. Diese Gesetze drücken sich aus in der ständigen Wiederherstellung der Klassenstruktur einer Gesellschaft im Prozeß der Entfaltung ihrer Produktivkräfte.“²⁴

Im Teil drei werden die strategischen Konsequenzen aus der Einschätzung der historischen Entwicklung der gegenwärtigen Situation gezogen. Zum Verhältnis Jungdemokraten/FDP heißt es unter anderem:

„Diese Perspektive für unsere politische Arbeit zeigt die Zugehörigkeit zur außerparlamentarischen Bewegung. Dem entspricht die Überwindung des gebundenen Bewußtseins als FDP-Jugendverband, das bisher die Jungdemokraten auf die Erfolgskriterien der FDP festgelegt hat. Zugleich bedingt diese Zielsetzung eine radikale Offenheit für Lernprozesse, die in der Regel zu erheblichen programmatischen Unterschieden zwischen FDP und DJD führt. Das gebundene Bewußtsein der Partei gerät in Widerspruch zum unabhängigen Bewußtsein der Jungdemokraten.

Dementsprechend kann die DJD-Politik nicht länger mit dem Ziel formuliert werden, dafür Mehrheiten in FDP-Gremien zu gewinnen. Nur so wird vermieden, daß das objektiv vorgegebene und legitime Erfolgskriterium der FDP (Sicherung der parlamentarischen Existenz) zum Disziplinierungsinstrument für die politische Praxis und Programmatik der DJD wird.“²⁵

Die Vorlage der Manifeste durch den Bonner Kreisverband und die norddeutschen Landesverbände trifft die übrigen Landesverbände zum großen Teil unvorbereitet. Die Diskussionen auf der Bundesdelegiertenkonferenz werden dementsprechend beherrscht von Auseinandersetzungen, die den theoretischen Rahmen der vorgelegten Manifeste akzeptieren. Eine Beschlußfassung zu den Manifesten wird ausgesetzt. Zu dem gesamten Grundsatzkomplex wird ein sogenannter Strategiebeschluß gefaßt, der sich zum großen Teil auf den Abschnitt drei des „Berliner Manifestes“ stützt, ergänzt durch Formulierungen, die die Beziehung zur FDP weniger konsequent in Frage stellen bzw. reduzieren. Die entsprechenden Teile des „Berliner Manifestes“ werden erweitert durch den folgenden Abschnitt:

„Jedoch gibt es gute Gründe, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt für eine kritische Unterstützung jener Kräfte sprechen, die den bürgerlichen Freiheitsspielraum garantieren und erweitern wollen. Der Erfolg solch evolutionären Handelns wird davon abhängen, wie weit es gelingt, unsere Vorstellungen von einer radikalen Demokratie in die politische Auseinandersetzung über die Fortentwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, Massenmedien und Wissenschaft einzubringen.“²⁶

Dieser Kompromißbeschluß ist ambivalent und nicht geeignet, die Position des Verbandes und seine Praxis klaren Normen zu unterwerfen. Das zeigt sich sehr bald in den Auseinandersetzungen nach der Bundesdelegiertenkonferenz, in denen die verschiedenen Richtungen jeweils ihnen genehme Teile des Beschlusses zur Rechtfertigung ihrer Politik heranziehen.

An substantieller Veränderung der politischen Position kann als Ergebnis der Bundesdelegiertenkonferenz in Herrenalb festgehalten werden, daß erstmals eine marxi-

24 Ebd., S. 29.

25 Ebd., S. 35.

26 Ebd., S. 55.

stisch orientierte, gegenüber den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen fundamental kritisch eingestellte Analyse in die Diskussion des Verbandes eingeführt wird²⁷. Die Diskussion insbesondere um das „Berliner Manifest“ dominiert in der Folgezeit; die verbandsinternen Diskussionen und Richtungskämpfe geraten in den Hintergrund. Die norddeutschen Landesverbände, die auf der Linie des „Berliner Manifestes“ stehen, haben günstige Ausgangspositionen insbesondere dadurch, daß es ihnen auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Herrenalb gelingt, eine starke Vertretung in den Bundesvorstand zu entsenden. Dazu kommt der theoretische Rückstand der traditionell orientierten Landesverbände.

Die Grundsatzdiskussion in den Jahren 1970 und 1971 geht einher mit einer Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen dem Berliner Flügel und den der FDP traditionell zugewandten Landesverbänden. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stehen die Konsequenzen aus einer Gesellschaftsanalyse nach der Art des „Berliner Manifestes“ für die Strategie und die Praxis der Jungdemokraten. In diesem Zusammenhang wird das Konzept einer Strategie der zwei Wege entwickelt, die, ähnlich wie die später formulierte Doppelstrategie der Jungsozialisten, eine Verbindung von parteiferner Basisarbeit (vorwiegend mit Schülern und Lehrlingen) mit einer Beeinflussung der FDP-Gremien in herkömmlicher Weise vorsieht. Das Konzept wird zeitweise auch von den traditionell ausgerichteten Landesverbänden unterstützt, die darin die Möglichkeit sehen, die Fortsetzung ihrer bisherigen Arbeit in FDP-Gremien zu legitimieren. Aus eben dieser Einschätzung heraus wird insbesondere von dem Berliner Landesverband Kritik an einer Strategie der zwei Wege geübt. Es wird darauf verwiesen, daß eine öffentliche Selbstdarstellung der Jungdemokraten als traditioneller Partei-Jugendverband die Möglichkeiten für eine parteiunabhängige Basisarbeit mit Schülern und Lehrlingen erheblich beeinträchtigen muß.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln verschärfen sich durch teils erfolgreiche Versuche der norddeutschen Landesverbände, die Mehrheiten in anderen Landesverbänden zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Aktivität führt dazu, daß der Landesverband Niedersachsen mehrheitlich auf die Linie des Berliner Landesverbandes einschwenkt, was in der Folgezeit zu erheblichen Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes sowie mit der FDP führt. Im Herbst 1970 kommt es zu einer Abspaltung vom Landesverband Niedersachsen; diese Spaltergruppe nennt sich „sozialliberale Jugend“ und wird unterstützt vom Landesverband der FDP, der die Beziehungen zu den Jungdemokraten abbricht und dementsprechend seine Satzung ändert.

Auch in dem konservativen hessischen Landesverband der Jungdemokraten bildet sich eine oppositionelle Gruppe unter dem Namen „Arbeitskreis kritischer Jungdemokraten“, die auf der Linie des Berliner Manifestes liegt. Diese Gruppe erreicht jedoch nicht die Mehrheit und zerfällt nach einem mißlungenen Versuch der Übernahme des Landesvorstandes.

²⁷ Vgl. dazu Jürgen Kunze, „Standort und Perspektive der Jungdemokraten“, in: *links-sozialistische Zeitung*, Offenbach 9/1970.

Zur Klärung der Hintergründe dieser Flügelbildung innerhalb der Jungdemokraten in den Jahren 1970 und 1971 und zur Einschätzung ihres Stellenwertes für die gesamte Aktivität des Verbandes und insbesondere für die Beziehungen zur FDP ist es notwendig, nicht nur die im Manifest der norddeutschen Landesverbände betonte Abgrenzung gegenüber der FDP darzustellen, sondern auch die positiven Vorstellungen dieses Flügels zur Arbeit des Jugendverbandes kurz zu skizzieren.

Der Charakter eines Jugendverbandes der Jungdemokraten rückt ins Zentrum. Die Jungdemokraten werden in erster Linie als eine pädagogische Institution gesehen, deren Ziel es ist, vornehmlich durch Kleingruppenarbeit mit Schülern und Lehrlingen Orientierungshilfen zu geben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Im Vordergrund steht dabei die Vermittlung des Zusammenhanges von individuellen Erfahrungen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Kernpunkte dieser Jugendarbeit sind nach einem Antrag des Landesverbandes Berlin zur Bundesdelegiertenkonferenz 1971:

1. Jugendarbeit ist Teilprozeß der sekundären Sozialisation, die wesentlich bedingt ist durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Jugendarbeit ist damit immer systembedingt.
2. Progressive Jugendarbeit in der BRD und West-Berlin wird daher nicht nur gegen autoritäre Charakterstrukturen, sondern auch gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse kämpfen. Daher ist Jugendarbeit immer politisch und progressive Jugendarbeit immer antikapitalistisch.
3. Antikapitalistische Jugendarbeit, die den Anspruch ernst nimmt, der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation zu dienen, kann sich nicht auf ergänzende Freizeitgestaltung und akademische Bildungsveranstaltung beschränken, sondern ist Vorbereitung und Teil antikapitalistischer Praxis.
4. Inhalt der Arbeitsformen und Organisationsstrukturen der Jugendarbeit sind daher entscheidend unter strategischen Gesichtspunkten zu bestimmen, ohne die klassenspezifisch unterschiedlichen Sozialisations- und altersmäßigen Entwicklungsprozesse zu vernachlässigen.
5. Antikapitalistische Jugendarbeit unterscheidet sich von anderen Formen politischer Praxis insbesondere dadurch, daß sie sich bemüht, die individuelle Konstitution zu berücksichtigen, die gemeinsamen Erfahrungen aufzuarbeiten und auch Experimente zu wagen.“²⁸

Dieser Arbeitsansatz rückt die Jungdemokraten in die Nähe der im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände, innerhalb derer seit einiger Zeit zum Thema „Antikapitalistische Jugendarbeit“ eine umfassende Diskussion geführt wird²⁹. Grundlage einer so verstandenen Jugendarbeit ist eine bestimmte Gesellschaftsanalyse. In dem oben zitierten Antrag 26 zur BDK 1971 heißt es dazu:

„Aus der Gesellschaftsanalyse ergeben sich für die DJD folgende Konsequenzen:

1. Die DJD begreifen als langfristiges Ziel die grundsätzliche Überwindung der herrschenden Verhältnisse, sie haben eine antikapitalistische Perspektive.

²⁸ Antrag Nr. 26 zur Bundesdelegiertenkonferenz am 21./22./23. Mai 1971 in Leverkusen, als Manuskript vervielfältigt vom Landesverband Berlin der Deutschen Jungdemokraten, Berlin 1971.

²⁹ Vgl. dazu die in unregelmäßiger Folge erscheinenden „Diskussionsbeiträge“ in: *deutsche Jugend, Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit*, hrsg. in Verbindung mit dem Bundesjugendring, München 1969 ff.

2. Dieses Ziel braucht sowohl einen langen Atem wie Verbündete. Darum werden die DJD auch weiterhin gemeinsam mit Liberalen, Sozialdemokraten und Sozialisten versuchen, größere Teile der Bevölkerung für eine Veränderung der Gesellschaft zu gewinnen und auf Institution und Organisation Einfluß zu nehmen. Die DJD unterstützen eine Strategie systemüberwindender Reformen.
3. Diese Strategie schließt die Emanzipation der eigenen Mitglieder ein. Die DJD müssen lernen, sich bewußt als Jugendverband zu begreifen.

Zu diesen drei Konsequenzen aus der Analyse kommt noch ein historisches Moment hinzu. Die DJD sind in ihrer politischen Tradition und sozialen Schichtung verstrickt mit der widersprüchlichen Entwicklung des Bürgertums in Deutschland. Anknüpfend an die progressiven Traditionen sind die DJD heute Teil der fortschrittlichen bürgerlichen Bewegung.“

Dazu treten zwei weitere Merkmale: Auch in diesem Konzept für die Arbeit der Jungdemokraten wird nicht Partei ergriffen für eine der in den verschiedenen politischen Gruppierungen vertretenen konkreten Strategie zur Überwindung des Kapitalismus (zum Beispiel revisionistische oder antirevisionistische Gruppen). Es wird vielmehr ausdrücklich darauf verwiesen, daß die eigenen Arbeitsansätze und Auffassungen über gesamtgesellschaftliche Veränderungsmöglichkeiten nur vorläufigen Charakter haben und von daher insbesondere keine präzise Bestimmung der „richtigen“ organisatorischen Formen politischer Arbeit ermöglichen. Darin liegt zugleich ein wesentlicher Unterschied zur Strategie der Jungsozialisten. Für die Jungsozialisten ist — ihrer Konstruktion als Arbeitsgemeinschaft in der SPD entsprechend — von vornherein klar, daß die SPD die angemessene politische Organisationsform für eine Politik ist, die auf eine Überwindung des Kapitalismus gerichtet ist.

Die Offenheit in dieser zentralen Organisationsfrage schließt ein, daß im Rahmen der Jugendarbeit der Jungdemokraten die FDP nur als eine mögliche Form organisierter politischer Betätigung dargestellt wird. Das schließt, im Unterschied zu den Jungsozialisten und der ihnen entsprechenden Praxis der traditionell orientierten Landesverbände, eine Instrumentalisierung der Mitglieder in dem Sinne aus, daß diese in erster Linie unter dem Gesichtspunkt einer Veränderung von Mehrheiten in Parteigremien betrachtet werden.

Als weiterer Gesichtspunkt folgt aus diesem Arbeitsansatz die zentrale Bedeutung der Bündnisfrage. Im Rahmen dieses Konzepts ist die FDP ein Bündnispartner unter anderen. Wichtiger sind gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen, vor allem die Jugendorganisationen. Für die FDP hat dieses den Arbeitsrahmen der Partei übergreifende und gleichzeitig einschränkende Arbeitskonzept zur Folge, daß die Jungdemokraten freiwillig ihre bisherige Funktion als Anführer der Linken Fraktion innerhalb der FDP aufgeben und sich zurückziehen auf Arbeitsfelder, die außerhalb der Reichweite der FDP liegen. Auch im Verlauf einer sehr weit links orientierten Kleingruppenarbeit, die dem oben angedeuteten Konzept folgt, muß es nicht zu Konflikten mit der FDP kommen. Diese Konflikte unterbleiben so lange, wie die Jungdemokraten nicht den Versuch unternehmen, ihre Auffassungen zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen auf Parteitag vorzutragen und zu Auffassungen der Partei zu machen.

Diesem Konzept antikapitalistischer Jugendarbeit entgegengesetzt ist die traditionelle Arbeitsweise der Jungdemokraten, in der die Orientierung auf eine Veränderung der

FDP entsprechend eigenen Vorstellungen dominiert. Die Jungdemokraten agieren als die natürlichen Anführer der Linken Fraktion in der FDP. Ihre politische Praxis ist identisch mit ihrer Arbeit in den Gremien der FDP. Ihr Verständnis von Politik ist begrenzt auf die Veränderung von Parteien und Parlamentsmehrheiten. Die Identifizierung mit der Partei und ihren Interessen ist nahezu unbeschränkt. Für die Beziehungen zur FDP folgt daraus allerdings eine Vielzahl von Konflikten, weil Unterschiede zwischen den Auffassungen der Jungdemokraten und der jeweiligen Parteipolitik von den Jungdemokraten vom Grundsatz her nicht toleriert werden, sondern Aktivitäten auslösen, die auf eine Veränderung der Parteipolitik gerichtet sind.

Demgegenüber ist im Rahmen eines umfassenden Konzepts antikapitalistischer Jugendarbeit die FDP nur ein Aktionsfeld mit erheblich begrenzter Leistungsfähigkeit. Es wird von daher aus prinzipiellen Überlegungen auf den Versuch einer Übertragung aller DJD-Positionen auf die FDP abgesehen.

Soweit dieses umfassende Konzept praktisch erprobt wurde, sind hinsichtlich der Auswirkungen auf die Beziehungen zur FDP jedoch unterschiedliche Erfahrungen gemacht worden. In Berlin und Hamburg haben sich die Beziehungen verbessert, was u. a. daran liegt, daß die Jungdemokraten in den jeweiligen Landeswahlkämpfen ein hohes Maß an Solidarität zeigen. In Niedersachsen und Bremen dagegen hat sich die Partei von den Jungdemokraten getrennt. Die Gründe für diese unterschiedlichen Entwicklungen liegen in der offenkundig unterschiedlichen Ausrichtung der FDP in diesen Gebieten: In Berlin und Hamburg ist die FDP *betont* links-liberal orientiert, in Niedersachsen und Bremen entgegengesetzt.

5. Rekonstruktion traditioneller Positionen, Arbeitsfelder und Arbeitsformen — Konsolidierung als Partei-Jugendorganisation

Etwa von der Bundesdelegiertenkonferenz 1969 an bis zur Bundesdelegiertenkonferenz 1971 nimmt innerhalb der Jungdemokraten die Grundsatzdiskussion die beherrschende Stellung ein. Sie läßt zunächst große Teile des Verbandes völlig unberührt. Erst nach der Bundesdelegiertenkonferenz im Mai 1970 wird sie umfassend auf allen Ebenen des Verbandes geführt, verbunden mit der Frage nach den Konsequenzen für die eigene Praxis. Die gewohnte Beschränkung der eigenen Arbeit auf die Mitarbeit in FDP-Gremien bzw. die Orientierung der anderen Aktivitäten auf die FDP oder parlamentarische Willensbildungsprozesse hin gerät unter Rechtfertigungsdruck. In den Gliederungen des Verbandes stellt sich als Folge dieses Prozesses eine weitgreifende Verunsicherung ein. Die traditionelle Mitarbeit in der FDP und die Ausrichtung der gesamten Aktivitäten auf die FDP tritt in den Hintergrund. Einerseits ist der Sinn dieser FDP-orientierten Arbeit vielen fraglich geworden, andererseits ist die Auseinandersetzung zwischen den Flügeln innerhalb des Verbandes so zeitraubend, daß auch hinsichtlich der Arbeitskapazität das bisherige Niveau an FDP-Aktivitäten nicht gehalten werden kann. In vielen Regionen wird das Nachlassen der FDP-Praxis nicht durch Ansätze zu einer neuen Praxis ersetzt, die den in der Grundsatzdiskussion entwickelten Kriterien genügen würden. Derartige Ansätze zeigen sich in einem gewissen Ausmaß in den Landesverbänden, die das „Berliner Manifest“ unterstützen. In

ihnen werden Schüler- und Lehrlingskollektive gebildet, die nach dem Konzept antikapitalistischer Jugendarbeit angeleitet werden. Die Schüler- und Lehrlingsarbeit bemüht sich auch nicht um die Herstellung einer besonderen Jungdemokratenidentität, sondern findet statt in enger Zusammenarbeit mit anderen linken Jugendorganisationen (Bund deutscher Pfadfinder, Falken). Ein quantitativ wie qualitativ großes Ausmaß erreicht die Lehrlingsarbeit in Niedersachsen.

Zumindest teilweise aber verwischen sich die Grenzen der Landesverbände in der Entwicklung neuer Arbeitsfelder und Arbeitsformen. Selbst in einzelnen Landesverbänden, die dem „Berliner Manifest“ gegenüber kritisch eingestellt sind, entwickeln sich neue Praxisansätze, die am Konzept antikapitalistischer Jugendarbeit orientiert sind.

Soweit die Wirksamkeit der Jungdemokraten innerhalb der FDP betrachtet wird, ist im Verlauf dieser von erheblichen innerverbandlichen Auseinandersetzungen begleiteten Grundsatzdiskussion ein deutlicher Verlust an Einfluß festzustellen. Das zeigt sich auf dem Grundsatzparteitag der FDP im Oktober 1971 in Freiburg. An seiner Vorbereitung durch die Maihofer-Kommission beteiligten sich die Jungdemokraten praktisch nicht, obwohl ihnen von der Partei zwei Mandate für die Grundsatzkommission zugesprochen werden. Diese Nichtbeteiligung hat einerseits ihre Ursache darin, daß die Arbeitskapazitäten des Verbandes durch die innerverbandlichen Auseinandersetzungen weitgehend absorbiert werden, andererseits aber auch darin, daß die Grundsatzdiskussion der vergangenen Jahre nicht zu konkreten Beschlüssen für abgegrenzte Komplexe geführt hat. Die Grundsatzdiskussion der FDP zielt jedoch gerade darauf, konkrete Lösungsmöglichkeiten für konkrete Fragen (zum Beispiel Vermögenskonzentration) zu entwickeln. Die Jungdemokraten unternehmen auf dem Parteitag zwar den Versuch, eine modifizierte Fassung sowohl ihrer Mitbestimmungsbeschlüsse als auch ihrer Beschlüsse zum Privateigentum an Grund und Boden in Ballungszentren (Kommunalisierung) in die Diskussionen und Entscheidungen des Parteitages einzubringen, haben aber keine Aussicht, die Beschlüsse im Sinne ihrer Vorlagen zu beeinflussen³⁰. Für ihr Konzept zur Kommunalisierung von Grund und Boden erhalten sie nur etwa ein Viertel der Delegiertenstimmen. In der Mitbestimmungsfrage schwenken sie vor der Abstimmung auf die Maihofer-Konzeption ein (gleiche Anzahl von Vertretern der Kapitaleigner, der Arbeitnehmer und der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat).

Die Phase der Grundsatzdiskussion endet auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Mai 1971 in Leverkusen mit klaren Mehrheiten und klaren Entscheidungen. Zwar legen die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen eine überarbeitete und nur leicht entschärfte Fassung des „Berliner Manifestes“ vor, die auch mit großer Mehrheit verabschiedet wird, aber die Flügelbildung innerhalb des Verbandes wird dadurch nicht überwunden.

Der Berliner Landesverband legt in seinem Antrag³¹ sein Konzept einer antikapita-

³⁰ Vgl. das *Protokoll des Bundesparteitages der FDP 1971 in Freiburg*, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der FDP.

³¹ *Antrag Nr. 26 zur BDK*, a.a.O.

listischen Jugendarbeit vor. Diese Vorlage steht im Zentrum der Auseinandersetzungen auf der Bundesdelegiertenkonferenz, weil sie — im Unterschied zu den abstrakten Kategorien des Manifestes in der Fassung der nordrhein-westfälischen Delegierten — den Versuch unternimmt, konkrete Praxisnormen festzulegen und damit die mit der Strategie der zwei Wege geschaffene Beliebigkeit in der praktischen Arbeit und Orientierung des Verbandes zugunsten klarer Richtlinien aufzuheben. Die Mehrheit der Delegierten sieht darin jedoch eine Beschneidung ihrer Möglichkeiten, in und mit der FDP zu arbeiten. Die Frage der FDP-Orientierung steht in der Auseinandersetzung im Vordergrund. Dabei ist allerdings zu beachten, daß aus dem Antrag des Berliner Landesverbandes kein Bruch mit der FDP folgt, sondern nur die strikte Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der jeweils anderen Organisation. Obwohl dies dem Selbstverständnis der Mehrheit der Delegierten in elementarer Weise widerspricht, wird der Antrag dennoch nicht abgelehnt, sondern nur modifiziert. Das geschieht durch das Austauschen der Begriffe: „antikapitalistisch“ wird ersetzt durch „systemüberwindend“. Diese Änderung des Antrages erfolgt auf Intervention des Bundesvorsitzenden Bremer, der dies ausdrücklich mit der Toleranzschwelle der FDP begründet. Der schriftlich vorliegende Beschluß liest sich immer noch äußerst weitreichend und parteifern. Der reale Verlauf der Diskussionen macht jedoch die Rückschwenkung des Verbandes zur FDP hin nur zu deutlich. Das drückt sich auch in den Neuwahlen des Bundesvorstandes aus. Die FDP-orientierte Mehrheitsfraktion, die über 60 bis 65 % der Delegierten verfügt, will der Minderheitsfraktion (Berliner Flügel), die etwa ein Drittel der Delegierten stellt, nur ein Mandat im Bundesvorstand zugestehen. Das wird von der Minderheitsfraktion abgelehnt. Es kommt auf der BDK zu schweren Auseinandersetzungen über diese Frage, die damit enden, daß die Minderheitsfraktion den Kongreß verläßt. Das Presseecho nach dem Kongreß ist einheitlich und in der Substanz richtig. Insgesamt stehen die Berichte fast ausschließlich unter dem Eindruck: Die FDP hat ihren Jugendverband wieder.

Dieser Jugendverband ist allerdings nicht mehr derselbe wie 1968. Die Grundsatzdiskussion hat in den inhaltlichen Positionen der Jungdemokraten zu unwiderruflichen und prinzipiellen Veränderungen geführt, die — wenn auch eher proklamatorisch als praxiswirksam — dennoch Wirkungen für die Zusammenarbeit mit der FDP zeitigen. Die Jungdemokraten behalten eine relative Unbefangenheit in der Bezeichnung von gesellschaftlichen Tatbeständen und der Kritik an diesen Tatbeständen. Sie tragen in unterschiedlichem Ausmaß diese fundamentale Kritik in die Parteigliederungen und beachten dabei — jedoch ebenfalls in unterschiedlichem Ausmaß — die Interessen der FDP. Die Position des Verbandes wird vom 1971 wiedergewählten Bundesvorsitzenden Heiner Bremer unter anderem in folgenden Sätzen umrissen:

„An dem Grundwiderspruch der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung hat sich nichts geändert: Noch immer führt gesellschaftliche Produktion zu privater Aneignung, noch immer wird das Bruttosozialprodukt von der Masse der Bevölkerung hergestellt, während der Gewinn einer winzigen Minderheit von Produktionsmitteleigentümern zufließt... Denn inzwischen ist es eine demokratische Notwendigkeit, die überlieferte Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen... Erst wenn die eigene Meinung gebildet ist, kann an eine Arbeit in der Partei gedacht werden. Die Jungdemokraten treten für eine Zusammenarbeit mit der FDP

ein. Doch der Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit ist die Basisarbeit im Sinne der Politisierung vieler. Durch gezielte Aufklärungsarbeit können Diskussionsbereitschaft geweckt und Problembewußtsein geschaffen werden. Die Basisarbeit konzentriert sich vor allem auf die intensiven Lebenssphären wie Schule, Kaserne, Lehrstelle, Arbeitsplatz... Doch aufklärerisch verstandene und betriebene Basisarbeit allein genügt nicht, um gesellschaftsverändernd zu wirken. Wer die Emanzipation und die Demokratisierung der Gesellschaft will, muß in den Institutionen mitarbeiten, und zwar konsequent, denn der bloße Druck von außen auf die Institution genügt nicht, um diese in Bewegung zu bringen und um notwendige Veränderungen zu erreichen. Deshalb ist die Mitarbeit der DJD auch und gerade in der FDP geboten; und zwar nicht nur von Fall zu Fall, mal ja, mal nein, sondern kontinuierlich.“³²

Diese Entwicklung wird durch die Bundesdelegiertenkonferenz im Juni 1972 in Gießen bestätigt. Die neu gewählte Bundesvorsitzende Ingrid Matthäus vertritt eine Politik, die die fundamentalkritischen Positionen aus der Grundsatzdiskussion von 1969 bis 1971 nicht völlig aufgibt. Der Vorrang der Arbeit in der FDP mit dem Ziel, Mehrheiten für Auffassungen und Personen durchzusetzen (entsprechend dem traditionellen Fraktionsstatus der DJD), wird jedoch sowohl in den Äußerungen der neuen Bundesvorsitzenden als auch in den Diskussionen und Beschlüssen der Bundesdelegiertenkonferenz deutlich. Die Themen der Beratungen und Beschlüsse sind — ähnlich wie in der Zeit vor 1969 — vorwiegend an aktuellen Problemen in den parteipolitischen Auseinandersetzungen orientiert (innere Sicherheit, Berufsausbildung, Kommunalpolitik). Das Potential des Verbandes zur Artikulierung von Problemen, die über diesen engen Rahmen hinausgehen, kommt jedoch in einem grundlegenden „Manifest zur Frauenemanzipation“ zum Ausdruck.

Als ein zentrales Element für die Position der Jungdemokraten aus der Phase der Grundsatzdiskussion bleibt die These erhalten, daß es auf die Wiedervereinigung von Liberalismus und Sozialismus ankomme, Liberalismus sich von daher nicht als Gegenbewegung zum Sozialismus verstehen kann. Die Überwindung des antisozialistischen Ressentiments ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen Jungdemokraten, die in dieser Richtung auch innerhalb der FDP wirksam sein werden. Die Jungdemokraten haben auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1971 in Leverkusen ihre alten Arbeitsfelder und Arbeitsformen (FDP-zentriert) wiedergewonnen und gleichzeitig neue theoretische und strategische Legitimationen dieser Arbeit entwickelt. Sie haben damit dem Versuch des linken Flügels ein Ende gesetzt, die Auflösung der Identität des Verbandes durch die Betonung der Gemeinsamkeit mit anderen linken Organisationen in Theorie und Praxis zu betreiben. Darin ist ein Akt der Selbstidentifizierung des Verbandes zu sehen, die allerdings stattfindet im Rahmen bestehender politischer und organisatorischer Strukturen innerhalb der Linken. Die Jungdemokraten akzeptieren und stabilisieren damit diese Strukturen, deren politische Effizienz nicht als bewiesen gelten kann.

Diese Entwicklung fällt zusammen mit einer Entwicklung innerhalb der gesamten Linken, die nach der antiautoritären Phase nun auch zu einem Ende der Organisationsdebatte und zur Herausbildung fester organisatorischer Strukturen geführt hat. Diese organisatorische Struktur ist dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht einheitlich oder

auch nur kooperativ ist, sondern konkurrierend und partikularistisch (ein besonders augenfälliges Beispiel dafür bieten die verschiedenen kommunistischen Parteien, die dem sozialen Tatbestand nach als Studentenorganisationen anzusehen sind).

Unabhängig von der Einschätzung der Effizienz der neu entstandenen Organisationsstrukturen ist mit dem höheren Organisationsgrad innerhalb der linken Opposition auch für den linken Flügel der Jungdemokraten ein Tatbestand geschaffen worden, der zu einem gewissen Funktionsverlust für eine in dieser Weise ausgerichtete Jungdemokratenarbeit führt. In einer Zeit, in der Schüler- und Lehrlingsarbeit nahezu spontan und jedenfalls ohne feste organisatorische Struktur sich ereignete, war es eine wichtige Funktion der Jungdemokraten, soweit sie sich dem linken Flügel zu rechneten, diesen Gruppen theoretische und insbesondere praktische Hilfestellung zu geben. Das kam der damals verbreiteten Organisationsfeindlichkeit der Gruppen entgegen. Im Gegensatz dazu besteht nunmehr in den verschiedenen Schüler- und Lehrlingsgruppen ein eher wachsendes Interesse, sich auch überregional zu organisieren und mit politischen Organisationen zu identifizieren. In diesem Prozeß haben die Jungdemokraten wegen ihrer Struktur und Bindungen unabhängig von ihrer politischen Position nur begrenzte Möglichkeiten. Daraus folgt, daß auch für den linken Flügel des Verbandes die den Jungdemokraten spezifische Funktion — ihre Verbindungen mit der FDP und ihre Einflußmöglichkeit auf die FDP — bewußter wird. Eine planmäßige und zielgerichtete Mitarbeit in der FDP wird zu Beginn des Jahres 1972 nach umfassenden internen Diskussionen auch im Berliner Landesverband der Jungdemokraten wieder aufgenommen. Allerdings bestehen noch Vorbehalte gegen eine kontinuierliche Mitarbeit. Die eigene Mitarbeit wird als punktuell und projektbezogen gekennzeichnet.

Damit sind auch die objektiven Voraussetzungen für eine Überwindung oder zumindest Entschärfung der Flügelbildung innerhalb der Jungdemokraten gegeben. Für die Jungdemokraten insgesamt kann entsprechend diesen erkennbaren Entwicklungslinien festgehalten werden, daß sie sich als Parteijugendverband besonderer Art stabilisiert haben. Dabei bleibt eine Reihe von prinzipiellen gesellschaftspolitischen Positionen, die durch marxistische Analysen bestimmt sind, aus der Grundsatzdiskussion der Jahre 1969 bis 1971 erhalten. Insbesondere verschwindet das antisozialistische Ressentiment. Parteijugendverband werden die Jungdemokraten jedoch wieder in dem Sinne, daß sie sich praktisch als Nachwuchsorganisation verstehen, daß sie die Führung der linken Gruppen innerhalb der FDP anstreben und daß sie in ihrem Selbstverständnis eine weitgehende Identifizierung mit der Lage und den Interessen der FDP zeigen.

6. Begrenzte Funktionen bürgerlicher Jugendverbände — generelle Bemerkungen zur Strategie parteigebundener Jugendorganisationen

Die Entwicklung der Jungdemokraten in den letzten Jahren hat die Möglichkeiten und Grenzen parteigebundener Jugendorganisationen gezeigt. Die Jungdemokraten haben einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung eines neuen Konzepts für die auf gesamtgesellschaftliche Veränderung hin orientierte Arbeit linker Jugendverbände.

³² Heiner Bremer, „Zum Selbstverständnis der Jungdemokraten“, in: *liberal*, Juni 1971.

Die Rezeption und Weiterentwicklung der Ansätze einer Theorie antikapitalistischer Jugendarbeit in Verbindung mit einer breit angelegten Bündnispolitik zumindest bei Teilen des Verbandes hat eine Perspektive gezeigt, die alternative Arbeitsansätze und Organisationsstrukturen innerhalb der linken Jugendarbeit enthält. Durch die Reduzierung der Parteiorientierung ist sowohl in der Theorie als auch teilweise in der Praxis ein Schritt vollzogen worden, der zur Überwindung einer partikularistischen Identifizierung der verschiedenen linken Jugendverbände mit ihrer je eigenen Geschichte und ihren je eigenen sozialen und politischen Bezügen dient. Demgegenüber gestellt worden ist die Qualität der Gemeinsamkeiten hinsichtlich der angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen und der daraus ableitbaren notwendigen politischen Praxis. Der Versuch, linke Jugendorganisationen durch eine breite Bündnispolitik mit umfassender theoretischer Begründung zu einer Aufgabe ihrer partikularistischen Neigung, zur Betonung der je spezifischen Identität zu veranlassen, ist gescheitert. Ob dieses Scheitern zu erklären ist mit einer großen Stabilität des Strebens nach Selbstidentifizierung der einzelnen linken Jugendorganisationen, oder ob es in den Grenzen liegt, die einem Parteijugendverband gesetzt sind, kann ohne umfassende Analysen kaum entschieden werden. Die Grenzen des Parteijugendverbandes sind sicherlich von Bedeutung. Die Bedürfnisse der Partei gegenüber ihrem Jugendverband und ihre Internalisierung durch große Teile der Mitglieder des Jugendverbandes führen dazu, daß Parteijugendverbände der Wahrnehmung bestimmter Funktionen innerhalb der jeweiligen und für die jeweilige Partei nicht ausweichen können. Dazu gehört in erster Linie die Rekrutierungsfunktion (Förderung und Schulung von Nachwuchs). Diese Rekrutierungsfunktion setzt eine weitreichende Identifizierung der Verbandsmitglieder mit der jeweiligen Partei voraus. Schließlich kommt im Gesamtinteresse einer politischen Partei, wenn auch nicht im je aktuellen Interesse von Vorständen, den Jugendverbänden ein prinzipieller Fraktionsstatus zu, im Sinne von kritischem Potential, das die Mobilität der Partei gewährleistet.

Die Junge Union hat sich nie ernsthaft in die Nähe dieser Grenzen begeben. Die Jungsozialisten sind durch ihren Status als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD diesen Bedürfnissen von Anfang an in besonderer Weise ausgesetzt worden und sind daher auch bald an die Grenzen unabhängiger Arbeitsmöglichkeiten gestoßen. Die Jungdemokraten scheinen ganz unabhängig zu sein und haben diese Unabhängigkeit in den letzten Jahren radikal ausprobiert. Die Entwicklung zeigt jedoch, daß auf die Dauer auch die Jungdemokraten die oben bezeichneten Funktionen und Beziehungen zu ihrer Partei wahrnehmen müssen. Daraus folgt, daß Parteijugendverbände wegen der Bedürfnisse ihrer Parteien prinzipiell nur einen begrenzten Beitrag zur Strategie und Praxis „linker“ Jugendverbände leisten können. Sie sind vielmehr permanent der Gefahr ausgesetzt, daß die Zwänge, denen sie als Verband in spezifischer Weise unterliegen, als notwendige und unabänderliche Durchgangsstadien politischer Praxis und individueller Emanzipation angesehen werden. Wenn diese Jugendverbände ihre Mitglieder ohne Einschränkung den Mechanismen der politischen Parteien aussetzen und das als pädagogisch effektiven und politisch optimalen Lernprozeß bezeichnen, unternehmen sie jedoch tatsächlich nur eine Instrumentalisierung der Jugendlichen im Hinblick auf ihren Einsatz bei Mehrheitsbildungen in Parteigremien.